

Bergeffenes Land

Aktive Innen- und Außenpolitik im Osten

Von Richard Bollmüller

Die Landeshauptleute der sechs Provinzen des deutschen Ostens, also Oberschlesiens, Niederschlesiens, der Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußens, Pommerns und Brandenburgs, treten zur rechten Zeit mit ihrem Ruf an die Reichsregierung und das gesamte Deutschland um die Wiederaufrichtung des deutschen Ostens hervor. Vermutlich sind sie dabei von der Erwägung geleitet worden, daß durch die zweite Haager Konferenz mit dem positiven, wenn auch teuer bezahlten Ergebnis der Befreiung des Westens von ausländischen Besatzungstruppen die Westpolitik des Reiches zu einem gewissen Erholungsstand gelangt ist. Die schwersten Belastigungen der westlichen Wirtschaft und der westlichen Bevölkerung sind beseitigt. Die Besatzung und die noch schlimmer wirkende Militär- und Zivilkontrolle hindern nun die rührenden und aufstrebenden Westdeutschen nicht mehr in der Entfaltung ihrer vollen Kräfte.

Nun ist es aber endlich Zeit, mit ganzer Kraft auch die brennenden Fragen der Innen- und Außenpolitik im deutschen Osten einer befriedigenden Lösung näherzubringen. Während der Westen nach der Räumung seines Hauses von den ausländischen Söldnertruppen sich wieder unbehindert einem frischen, kräftigen Schaffen auf befreitem Grunde zuwenden kann, steht der Osten — und das gilt verstärkt für Schlesien, die Grenzmark und Ostpreußen — zwar ohne Belastung durch eine feindliche Besatzung auf eigenem Boden, aber sein Haus, das östliche Land, zeigt alle Schrecken der Verwüstung, der Zerstörung, des Stillstands und des Niedergangs. Das westliche Haus blieb heil und ganz, das östliche macht infolge einer gehässigen Annexions- und Grenzziehungspolitik den Eindruck einer trostlosen Ruine.

Die Landeshauptleute haben in einer ausführlichen und tatsachenreichen Denkschrift darüber ein Heer von Zahlen zusammengetragen. Wirkungsvoller, durchschlagender und wahrhaft erschütternd wirkt aber das Leben des Ostens an den Grenzen selbst. Könnten die Landeshauptleute beispielsweise das ganze deutsche Volk in das Gebiet der Warthe und der Neße führen, dann würde es kaum noch so verstockten Kirchturnpolitikern irgend einer noch so hart kämpfenden Landschaft des Reiches geben, der nicht entsetzt ausrufen würde: Hier ist es am schlimmsten! Hier muß sofort geholfen werden! Wie konnte diese Not vergessen bleiben?!

Was unsere Augen dort sehen würden und was der Osten ständig erlebt, das ist der erschütternde Untergang der beiden Provinzen, die der größte preussische König „im Frieden eroberte“. Hier gab er genialen Wasserbauern, Koloniatoren und Organisatoren von höchstem Rang Gesundheit, Geld und Hände, aus einer Sumpf- und Wasserwüste blühendes Kulturland zu schaffen. Wer diese Gebiete jemals gesehen hat, wer die Siedlungen der fleißigsten Menschen ganz Europas, die hier aus allen deutschen Gauen, aus Holland, Frankreich, England, Rußland und Polen zusammenströmten und meilenweite Dörfer mit reicher landwirtschaftlicher Erzeugung aufbauten, deren Ueberfluß dem ganzen Reich zum Segen wurde, durchwanderte, der bekam eine Vorstellung von der ungeheuren Bedeutung der Begriffe Kulturland, Kulturland. Heute geht dieses Land rettungslos verloren. Von der deutschen Grenze bis vor die alten Wälle Küstrins durchströmen Neße und Warthe seit Jahren in der Breite eines riesigen Sees das Land. Die Kultureroberungen Friedrichs des Großen tragen daraus als Inseln hervor, deren Bewohner niemals weiß, ob sie ihr Land bestellen kann und ob sie ernten wird oder Wasser und Sumpf doch wieder alles an sich reißen. Dagegen helfen nicht die den Polen mit Recht gemachten Vorwürfe, daß sie das Kulturland durch planmäßige Vernachlässigung der Gewässer auf ihrem annektierten Grunde benutzt zum Erlaufen bringen wollen. Entweder zwingt man sie über den schier lächerlich anmutenden Umweg einer energischen Vorstellung beim Kaiserbunde zu einer Wasserwirtschaft, die dem mitteleuropäischen Kulturland entspricht, oder man schafft Abhilfe aus eigener Kraft.

Ähnliche Zustände wie in dem Land um Neße und Warthe herrschen ja im gesamten östlichen Grenzgebiet. Wenn sie auch nicht überall so drastisch in die Augen springen, sind sie doch da und erweisen, daß hier der Krieg noch im vollen Gange ist, daß hier immer noch Werte und Menschen, die aus ihnen ihr Dasein gewinnen müssen, hilflos zugrunde gehen. Am sinnfälligsten tritt das an den Verkehrswegen in Erscheinung. Überall an den heutigen deutschen Grenzen reihen Landstraßen, Eisenbahnen, Wasserwege urplötzlich ab. Zahllose Landstraßen, auf denen sich einmal ein flotter Verkehr abspielte, die zu wichtigsten Lebensadern zahlreicher Dörfer und Städte gehörten, sind überraschend abgebrochen. Es kommt ein Schlagbaum, und dann geht es nicht weiter.

Es ist ein Zustand wie der in dem Oberstern eines amputierten Gliedes. Nervenstränge, Muskeln, Sehnen sind an irgend einer für den Betrieb des Organismus unmöglichen Stelle zerschritten. Es geht nicht weiter; denn das ganze Ernährungs- und Lebenssystem stößt plötzlich ins Leere oder auf das Holz einer Prothese. Scheu zieht sich das ganze Leben aus jener Gegend des Körpers

Verbandstag des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerker-vereinigungen. — Wahlrechtsreform

Blochingen, 3. Februar. Gestern fand hier der außerordentliche Verbandstag des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen im Festsaal des Hotels zur Eisenbahn statt, der einen sehr starken Besuch aufwies. Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Henne, begrüßte die Erschienenen, darunter insbesondere Staatspräsident Dr. Holz, und den neuen Wirtschaftsminister Dr. Maier, dem er das weitgehende Vertrauen von Handwerk und Gewerbe aussprach. Als Aufgabe des Verbandstags bezeichnete er die Klärung der Frage der Wahlrechtsreform und führte u. a. aus, die wirtschaftliche Lage habe sich seit dem letzten Tübinger Verbandstag weiter verschlechtert. Gegen die Kompromißpolitik im Reich müsse unbedingt Front gemacht werden. Er begrüßte es, daß der Gedanke des Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien in Württemberg endlich Wirklichkeit geworden ist, was zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft eine Notwendigkeit sei. Verbandspräsident Eberhardt gab dann einen Ueberblick über die Arbeit des Verbandes, worauf Universitätsprofessor Dr. Zellinek-Heidelberg das Wort zu einem eingehenden Referat über „Wahlrechtsreform im Rahmen der Reichsverfassung“ ergriff. Er führte u. a. aus: Die Reformbedürftigkeit des Wahlrechts ergebe sich besonders aus der Gegenüberstellung des alten und des neuen Wahlrechts. Die Vorzüge des alten Wahlrechts: Persönlichkeitswahl im kleinen Wahlkreis, beim Tode des Abgeordneten Ersatzwahl, welche zugleich Barometer für einen Stimmungsumschwung war, Beseitigung nichtwürdiger Abgeordneter, eine Landesliste gibt es nicht. Das neue Wahlrecht verhindere dies alles und hat nur den Vorzug, daß es vor Zahlenzufälligkeiten fast restlos schützt. Hieraus die Parole abzuleiten: „Zurück zum alten Wahlrecht“ sei jedoch bedenklich und juristisch zunächst unmöglich, da die Verhältniswahl auch für die Landtage in der Reichsverfassung festgelegt sei. Die Parole müsse vielmehr lauten: Proportionalisierung der Verhältniswahl. Von den vielen hierzu geschaffenen Systemen hält der Redner das keine für das praktikabelste. Er glaubt zunächst jedoch nicht an seine praktische Einführung wegen seiner Kompliziertheit und schlägt daher das von Linkenheil-Schramberg

zurück, sucht ein Notsystem zu bauen und fordert sehr oft weitere lebensfähige Teile ab; das restliche Bein oder der restliche Arm werden wesenlose Stummel, gehen ganz ein und ziehen den gesamten Organismus mit in die Vernichtung.

So und nicht anders steht es an den deutschen Ostgrenzen. Die einstigen wirtschaftlichen und kulturellen Austauschgebiete trennt Hüben und drüben eine unüberstreichbare rauere Gewiß kann man die Schlagbäume hochdrehen, aber man tut es nicht; denn es liegt kein Bedarf danach vor. Es gibt ja keine weitverzweigte Lebensabwicklung mehr zwischen dem Deutschland diesseits und dem jenseits der polnischen Grenze. Die wichtigen Nord-Süd-Verbindungen, soweit sie überhaupt vorhanden sind, liegen auf polnischem Gebiet. Der große deutsch-polnische Wirtschaftsverkehr wickelt sich in west-östlicher Richtung über die wenigen internationalen Straßen ab, die einst die Hauptdurchblutungsadern des östlichen Landes waren, ihm heute aber kein Leben mehr zuleiten können.

Unser Osten ist ein vergessenes Land. Und doch bringt er den stärksten Anteil am Zuwachs neuer Menschen in Deutschland auf, doch ist er unser wichtigstes landwirtschaftliches Ernährungsgebiet, doch ist er der Zukunftsboden, durch dessen bessere Nutzung wir uns vom Auslandtribut der Lebensmittelfuhr weitgehend entlasten können. Erinnern wir uns an den Osten. Beginnen wir nunmehr eine viel zu lange aufgehobene aktive Innen- und Außenpolitik im Osten mit dem Ziel einer wirklichen Ordnung der unmöglichen Grenzen und der wirtschaftlichen und kulturellen Neuorganisation des ganzen Landes.

„Der Protestantismus bleibt“

Ein Wort des Kirchenpräsidenten zur allgemeinen Lage

ev. Stuttgart, 1. Febr. Der vollbesetzte Saal im Herzog Christoph am Freitagabend bewies das starke Interesse der Stuttgarter Gemeindeglieder an dem Vortrag des bekannten bayerischen Führers des Evangelischen Bundes, Stadtpfarrer Finkenher, über das Thema „Der Protestantismus bleibt!“, zu dem der Stuttgarter Ortsverein des Evangelischen Bundes eingeladen hatte. Dabei ergriff auch Kirchenpräsident D. Wurm das Wort zur gegenwärtigen Lage. Er führte an an die Christenverfolgung in Rußland, die mit Recht als eine Kulturschande bezeichnet werden sei. Im Namen der württembergischen Landeskirche schloß er sich dem Protest der protestantischen Generalsuperintendenten an. Er hoffe, daß die gesamte Christenheit ohne Unterschied der Bekenntnisse in allen Staaten anstandslos dieses unerhörten Treibens das Weltwissen wahrte und sich öffentlich für Religions- und Gewissensfreiheit in Rußland einse. Den russischen Glaubensgenossen geböre unsere Fürbitte. Umso mehr bestünde Anlaß, diese Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, als sich in Deutschland im Zusammenhang mit der heutigen bedrohlichen Lage Verurteilungen eines ähnlichen Religionsbasses zeigten, besonders in einer gesteigerten, ungewöhnlich gehässigen Antirissstimmungen gegen die Kirche. Dieser Anturum einer bewußten Gottlosigkeit und Christenfeindschaft hätte aber nicht so viel Aussicht auf Erfolg, wenn nicht auch von anderer ernst zu nehmender Seite die Kirche durch eine mahllose Kritik

vor, das er bearbeitet und rechnerisch geprüft hat. Dieser Vorschlag zeigt für Württemberg folgendes Bild: Wahlkreise in Größe eines oder mehrerer Oberamtsbezirke mit möglichst gleicher Einwohnerzahl. Stuttgart bildet einen Wahlkreis für sich und wird zur Vermeidung von Zahlenüberschneidungen nicht in Wahlkreise aufgeteilt. Es gilt eine feste Wahlzahl (15 000), die sich aber auf 16, 17 000 usw. erhöht oder auf 14, 13 000 usw. vermindert, wenn je nach Wahlbeteiligung weniger oder mehr als 75 Sitze verteilt würden. In den 32 Wahlkreisen gilt Einer-Wahl (Persönlichkeitswahl); hinter dem Bewerber steht ein Ersatzmann. Ueberstimmungen werden je nach Parteizugehörigkeit verwendet. Zur Wahl ist wenigstens ein Zehntel aller im Wahlkreis abgegebenen Stimmen erforderlich; dies gegen die Splittterparteien ohne Einspruchsöglichkeit des Staatsgerichtshofs. Die erste Sitzverteilung geschieht nach der relativen Mehrheit. Das weitere Verteilungssystem läuft darauf hinaus, daß es zwar nicht unbedingt sicher, aber nahezu sicher ist, daß jeder Wahlkreis wenigstens einen Abgeordneten erhält. Ersatzwahlen gibt es nicht, jedoch ein Nachrüden im Sinne der Reform. Eine Landesliste ist nicht nötig, jedoch möglich, auf Grund deren im ganzen etwa 7 Abgeordnete gewählt werden. Jede für einen Einzelbewerber oder für eine Stuttgarter Liste abgegebene Stimme gilt, wie bisher, zugleich als für die entsprechende Landesliste abgegeben. Eingehend dargelegt ist das Verfahren im Jahrgang 8 Nr. 51 des Organs der vier württ. Handwerkskammern „Das württ. Handwerk“. — Nimmt Württemberg das geschilderte System an, so ist die enge Beziehung des Wählers zum Abgeordneten wiederhergestellt und Württemberg wäre das erste Land der Welt, das den Gedanken „Proportionalisierung der Mehrheitswahl“ verwirklicht hätte. Lebhafter Beifall dankte dem Redner. In der sich anschließenden Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß eine Reform im vorgetragenen Sinne, möglichst noch in diesem Jahr erwartet werde. In seinem Schlusswort führte Abg. Henne aus: Wenn der Landtag und die Staatsregierung unseren Wünschen auf diesem Gebiet nicht entgegenkommen, so behalten wir uns vor, bei den nächsten Wahlen eigene Wege zu gehen!

fortwährend diskreditiert würde. Die Lösung laute zwar: „Gegen die Kirche, für die Kirche“, aber das „gegen“ trete so einseitig in den Vordergrund, daß mit der Kirche auch ihre Einhaft der Berachtung anheimfalle. Man sei, wie jeder Blick in die theologische Literatur und in die Verhandlungen der kirchlichen Körperschaften zeige, wahrhaftig nicht blind gegen die Schäden der Institution und die Mängel des kirchlichen Lebens; aber sowohl den Vorwurf mangelnden sozialen Willens wie einer intoleranten Unterdrückung kritischer Meinungen müsse er zurückweisen. Von ihrer Glaubensgrundlage könne freilich die Kirche ebensowenig weichen, ohne sich auszugeben, wie jede Genossenschaftsgemeinschaft weltlicher Art vor den grundlegenden Anschauungen, die sie ins Leben aufrufen haben. Der Protestantismus werde bleiben, wenn die Protestanten das bleiben, was sie sein sollen: evangelische Christen!

Allgemeines Kirchengebete für die russischen Christen

ev. Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kappeler hat in einem Schreiben an die obersten Kirchenbehörden den im Kirchenbund zusammengeschlossenen deutschen Landeskirchen zur Erwägung anheimgegeben, ihre Gemeinden zur Fürbitte für die Glaubensgenossen und für die anderen Kirchen in Rußland aufzufordern und ihrer beider im sonntäglichen Kirchengebete würdigen zu gedenken. Auch aus einer Reihe anderer Länder (England, Amerika, Schweden, Frankreich u. a.) sind Aufrufe und Kundgebungen kirchlicher Kreise für die russischen Christen bekannt geworden.

Sagung des Württ. Obstbauvereins

Stuttgart, 2. Febr. Am Sonntag vormittag fand im großen Saal des Bürgertheaters eine Zusammenkunft des Ausschusses des Württ. Obstbauvereins mit den Vertrauensmännern und Freunden des Obstbauvereins zur gemeinschaftlichen Beratung wichtiger Fragen und zur Vorbereitung der Generalversammlung statt. Zu dieser Versammlung waren die Vertrauensmänner des Landesvereins in großer Zahl erschienen. Als Gäste waren anwesend Vertreter der Württ. Landwirtschaftskammer, der Gartenbauhochschule Hohenheim, der Staatlichen Weinbauhochschule Weinsberg, des Weinbauvereins, des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues, des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften und anderer bestrebender Organisationen. Der Vereinsvorsitzende, Landtagsabgeordneter Karl Hausmann, begrüßte die städtische Versammlung und erstattete Bericht über die Vorbereitungen zum 50-jährigen Jubiläum des Vereins. Mit dem Jubiläum des Vereins findet vom 27. September bis 5. Oktober 1930 in der Gewerbehalle in Stuttgart eine große Landesobstausstellung statt. Zu gleicher Zeit feiert auch der Verein württ. Baumwarte sein 25-jähriges Jubiläum. Die Jubiläumsausstellung des Württ. Obstbauvereins soll einen vollkommenen Ueberblick über den derzeitigen Stand des schwäbischen Obstbaubetriebs, zugleich auch eine Ueberblick über den Erfolg der 50-jährigen Arbeit des Vereins in der Förderung der Obstkultur, der Obstverwertung und der Entwicklung des Baumwart- und Baumschulwesens geben. Den Besuchern soll Gelegenheit gegeben werden, nicht nur schönes Obst zu sehen, sondern auch solches kaufen und kosten zu können. Der Handel soll die Quellen kennen lernen, von denen es erstklassiges schwäbisches Obst beziehen kann und welche Ansprüche er an die Aufmachung stellen darf. Reichstagsabgeordneter Haag-Heilbronn sprach dann noch über den Obstabsatz im Jahr 1929. Gute Durchschnittsernte, aber große Absatzschwierigkeiten und gedrückte Preise waren die Kennzeichen des vergangen-

